



Verlagspreis: ...
Abonnement-Preise: ...
Druck und Verlag: Rudolf Wolff in Berlin.

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheinen wochentlich ...
Gefördert durch: Theodor Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 66]

43. Jahrgang

Freitag
6. Februar 1914

Hierzu die Wochen-Beilage
farbig illust. Witzblatt „ULK“ No. 6.

Allgemeine Krankenversicherung für Beamte.

Sanitätsrat Dr. D. Munter,
Mitglied des Kuratoriums für Groß-Berlin
und der Ärztekammer.

der Beamtenchaft begehen. Trodem wird auch über die
Kreise hinaus diese neue Art der Versicherung aus
verschiedenen Gründen noch der Auffassung bedürfen. Einmal
scheint aus der Zahl der in der Öffentlichkeit genannten
Mitglieder dieses Beamtenauschusses hervorzugehen, daß es
sich hier um die untere, mittlere und höhere Beamtenchaft
und Gehältern, wie sie nach der in der bisherigen
gesetzlichen Krankenversicherung nicht vorhanden ist. Es wird daher
interessant sein, zu erfahren, ob eine Gleichheit der Ansprüche
und Leistungen bei den Kandidaten wie bei den Geheimen Be-
amten und deren Familien stattfinden soll. Sollte nun
bedacht sein, nach schlechtem Muster aus der staat-
lichen Versicherung auch bestimmte Kaffeekassen anzustellen und
somit wiederum mehr als eine Million Menschen in Deutsch-
land der freien Praxis der Ärzte zu entziehen, dann allerdings
wäre auf einen kräftigen organisierten Widerstand der deut-
schen Ärzteschaft zu rechnen. Unverkennbar läßt die heftige
Opposition gegen die Einbeziehung der Dienstmädchen in die
Zwangsvversicherung und die damit an vielen Orten, z. B. in
Schöneberg, verbundene Ausschaltung der Hausärzte bei der
Behandlung wohl als einen Million Menschen, daß die bisher be-
stehende freie Ärzteschaft sich etwa dreihunderttausend
Beamtenfamilien nicht werden entziehen lassen.

Zes weiteren ist die gesamte Öffentlichkeit stark inter-
essiert an der beabsichtigten Umgestaltung innerhalb der Be-
amtenchaft durch die Forderung, daß ein Drittel der
Kosten dieser Versicherung von den Beamten selbst zu tragen
wären. Es ist allerdings eine Million Menschen, die sich
widerum den Beitragspflichten, wie sie bei der gesetzlichen
Krankenversicherung zwischen Arbeitgeber und Arbeit-
nehmer verteilt sind, Abgehen davon, daß auf dem Wege
dieser neuen Verpflichtung wiederum eine indirekte Gehalts-
erhöhung der Beamten eingeführt wird, ist nicht zu verkennen,
pflichtige Bevölkerung für diese neuen Versicherungen auszu-
heben oder nicht die Arbeitslosigkeit des behandelnden Arztes
und bringt oft auch bei der Behandlung zu fatalen Rück-
sichten, die vordem nicht obwalteten. Da ferner in diesen Ver-
einstimmigen Vorlesungen und Unterredungen, also nicht gleiche
Bereitschaften vorhanden sind, die bei den Vertriebskassen-
lassen vielfach zur Beirathung der Versicherer geführt hat.
Auch dort kommen durch die Krankenscheine die Arbeit-
geber resp. deren Vertreter in der Krankenkasse zu einer Ver-
pflichtung in den Gesundheitszustand ihrer Angestellten, die oft
genügend für die Beibehaltung der Stellung wird.
Man wird abwarten müssen, wie sich zu diesem neuen
Projekt der Zwangsversicherung die gesamte Beamtenchaft
Deutschlands stellen wird. Wenn auch beabsichtigt, die Ver-
sicherung der Beamten und damit der Steuerzahler zu den
Kosten dieser Versicherung die gesamte Durchführbarkeit der
Krankenversicherung erleichtern kann, so stehen auf der andern
Seite doch, wie ich gezeigt zu haben glaube, schwere Bedenken
entgegen. Der alleinigen wird das Gelingen dieses Planes
daran abhängen, daß keine neue Schädigung des wirtschaft-
lichen Wohls und der sozialen Unabhängigkeit des deutschen
Arztstandes daraus erfolgt.

Ueberführung der Internationalen Kontrollkommission nach Tirana.

Esad Pashas Deutschlandreise.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

Skutari, 5. Februar.

Esad Pasha ist heute zusammen mit den Delegierten der inter-
nationalen Kontrollkommission nach Tirana gereist. Die Dele-
gierten werden, da in Durazzo nicht genug Häuser zu ihrer
Unterkunft vorhanden sind, Aufenthalt in Tirana, dem
Stammort Esad Pashas, nehmen müssen. Sie haben sich zur nä-
chsten Fahrt nach Durazzo, der künftigen Residenz des künftigen
Autonome Gouverneurs.

Konstantinopel, 5. Februar.

Der frühere Kriegsminister General Esad Pasha erklärte heute,
er habe keine Europareise angedacht, damit es nicht
heißt, er verfolge ehrentägliche Pläne in Albanien. Aber nicht die
längst geplante Reise erst nach der Ankunft des Prinzen
zu Wien in Durazzo antreten. Die Jungtürken äußern die Hoff-
nung, daß der Prinz zu Wien dem Tod verurteilten Major
Weli bei begünstigen und ihm die Rückkehr nach der Türkei
gestatten werde.

Rom, 5. Februar.

Wie die „Agenzia Stefani“ aus Durazzo berichtet, ist es sich,
daß Esad Pasha von der internationalen Kontrollkommission den

offiziellen Auftrag erhalten hat, die Führung der albanischen
Delegation zu übernehmen, die nach Teufelsdorf reisen werden,
um dem Prinzen zu Wien die Krone von Albanien anzu-
bieten. Esad Pasha wird am 12. Februar abreisen.

Vormarsch der Truppen Huertas.

(Rabel-Telegramme unserer Korrespondenten)

Mexiko, 5. Februar.

Ein Dekret Huertas ordnete die Vermehrung der
Wunderstruppen um 200 000 und Mahagen zum Schutz
der Fremden an. Der allgemeine Vormarsch der Wunderstruppen
hat begonnen. Der Entscheidungskampf wird in der Weg-
schucht Atoles, nahe bei Torreon, erwartet. Große Erregung
gegen Wilson beginnt sich der Bevölkerung zu bemächtigen, zumal
ein Brief veröffentlicht wird, in dem Zapata Wilson offen seinen
großen, mächtigen Freund nennt.

New-York, 5. Februar.

Nachrichten aus Nogales Sonora zufolge ist der wichtige mexi-
kanische General Huertas in die Hände der Rebellen ge-
fallen. Huertas hat alle Dispositionen und Einsatzgepäck ange-
ordnet, während der nun beginnenden aktiveren Kampagne alle
Nichtkombattanten ingezogen und Ausländer möglichst außerhalb
der Gefechtszone unterzubringen.

Der Bauernzug nach Stockholm.

Die große bäuerliche Demonstration für die Gewer-
klärung. — Der Vorbeimarsch vor dem König.

(Von unserer Korrespondenten)

Stockholm, 5. Februar.

Stockholm, diese ruhige und vornehme Stadt, in der man sich sonst
nicht den Sturm gefallten konnte, befehlend durch die Straßen zu
wandeln, ohne von vorbeiziehenden und -eilenden Menschen angepöbel-
t zu werden, hat in den letzten Wochen seine Physiognomie verändert.
Tausende von gefährlichen Händen haben auf über den Straßen und Tri-
ebnen werden errichtet, die Straßen und Gänge beengt und
geschnitten, auf den Bahnhöfen, in den Hotels, in den Pensionen und
sogar in den meisten Privathäusern herrscht fieberhafte Tätigkeit. Wie
wenn es gälte, einem feindlichen Heer nach gewonnener Schlacht bei
seinem Einzug in die Hauptstadt zu jubeln, so rüsst sich Stockholm
für den Empfang des großen Bauernzuges,
der, wie bereits wiederholt berichtet, am Freitag, den
6. Februar, durch die Straßen der Stadt zum Schloß
ziehen wird, um dem König den Wunsch des Bauernvolkes
nach einer Verstärkung der Landesverteidigung zu
überbringen. Aus dem Zuge, der ursprünglich nur eine Demonstra-
tion für die Bauernvereinführung hätte sein sollen, ist gleichzeitig auch
ein Volkskundgebung für den König geworden.

Aus allen Teilen des ausgedehnten Reiches, hinauf bis in die
stärkenden Gefilde von Lappland, werden die Abgesandten der Bauern
kommen, um an diesem Zuge, in dem 40 000 Menschen marschieren
werden, teilzunehmen. Die Eisenbahnen haben eine enorme Zahl von
Ereignissen bereitgestellt, in denen die Teilnehmer gratis nach
Stockholm befördert werden sollen; ein Komitee von mehreren hundert
Damen und Herren hat die Sorge für Unterkunftsgelegenheiten über-
nommen und nicht nur alle verfügbaren Zimmer in den Hotels und
Pensionen mit Befehl besetzt, sondern auch bei vielen Privathäusern
Unterstützung für die Gäste beschafft. Außerdem sollen Schulen, Kassen
und andere öffentliche Gebäude als „liegende Hotels“ eingerichtet
werden. Zu diesem Zwecke hat das Komitee 10 000 Matten und
30 000 Holzkisten aus eigenen Mitteln gekauft, die nachher dem sponso-
rierten Kisten freigegeben werden sollen. Auch für die nötige Ver-
pflanzung wurde ausgedacht gefunden. Das Komitee wird sich ferner
den Gästen als Führer durch die Stadt zur Verfügung stellen, und
wird, um gegen alle Eventualitäten gewappnet zu sein, sämtliche
Kirchen Stockholms öffnen und heizen lassen, damit eine Ver-
räter (eine „Verirrung“ in der großen Stadt ist ja aus Crisis-
oder anderen Umständen immerhin möglich) jederzeit eine Zufluchts-
stätte finden können. Ein Vorbehalt einiger ultraliberalen, während der
Dauer des Aufenthalts der Teilnehmer in Stockholm den Ausbruch
alcoholischer Getränke zu verbieten, fand allerdings keinen Anklang.
In der Presse sogar eine scharfe Zurückweisung.

Die Teilnehmer des Zuges werden sich am Freitag vormittag um
10 Uhr, geordnet nach den einzelnen Landesstellen, in den Kirchen
versammeln, wo ein Gottesdienst abgehalten werden wird. Dann
wird sich der Zug mit seinen Banner formieren und, geführt von
Militärkapellen, nach dem Schloß ziehen. Ein Schloßhof wird der
Zug vom König und dem Prinzen des Prinzen begleitet werden
werden. Nach Abkling einiger Volklieder halten die Führer des
Zuges eine Ansprache an den König, die aber keinen politischen
Charakter tragen und nur in einer kurzen Wendung den
Willen des Volkes zur Verteidigung des Vater-
lands und zum Ausdruck bringen wird. Der König wird hierauf
mit einer Rede antworten. Da der Schloßhof nur um etwa für
2000 Personen Raum bietet, werden der Anwesenheit die Führer
auf gleicher Zeit dem übrigen Teil des Zuges, der außerhalb des
Schloßhofes auf dem Reichstags- und einem anderen Platz Aufstellung
nehmen wird, die Rede des Königs verlesen. Darauf beginnt sich der
König in den Thronsaal des Schloßhofes. Man legt sich der Zug
wieder in Bewegung und bezieht, indem er durch sämtliche Öe-
mader des Schloßhofes geführt wird, vor dem König, der jedem

kaum ist die Reichsversicherungsordnung und die damit
verbundene sehr erhebliche Aufhebung der Versicherung auf
weite Teile der Bevölkerung teils im Jahr dieses Jahres
in Kraft treten, und noch mehr teils jährlich für die Ver-
sicherungsträger die Schwierigkeiten, die durch die Aufhebung
und Neugründung vieler Krankenkassen entstehen. Man konnte
auch von Seiten der Ärzte nach den Neuerungen des Staats-
rechts Dr. D. Munter im Reichstag an eine längere Er-
holungsperiode in der Krankenversicherung glauben, in welcher
es allen Interessenten allmählich gelingen sollte, sich in die
neuen Verhältnisse einzuleben, die wie notwendig bekannt,
für die wirtschaftliche Existenz eines großen Teils der deutschen
Ärzte sehr bedeutungsvoll sind. Mit Recht wies Herr
Dr. Delbrück darauf hin, daß nimmte die Krankenversicherung
nicht fast alle irgendeine in Betracht kommenden Ver-
sicherungsträger umfasse. Wenn auch im Beginn der
Krankenversicherung nicht alle Parteien von der Zuerst-
mächtigkeit dieser Gesetzgebung waren, so ist es ihnen
nicht weit genug ginen, teils weil die Lehre von der aus-
nahmslosen Anwendung der Selbsthilfe noch viele demo-
kratische Gedanken beherrschte, so hat sich doch im Laufe der Jahre
bei allen vernünftigen Sozialpolitikern Deutschlands die An-
sicht durchgegriffen, daß in der modernen kapitalistischen Ent-
wicklung der Millionen von Menschen, die eine selbständige
Existenz zu erreichen können, von Seiten der Staat in der
durch Krankheit, Unfall und Invalidität herbeigeführten Not
gebracht werden muß.

Nunmehr will eine neue Gruppe der Bevölkerung, nämlich
die Beamten, eine mehr oder weniger
freiwillige „Zwangsvversicherung“ für ihre gesamten Berufs-
genossen in Gemeinden, Staat und Reich einführen — und
ganz ungleich mit der Krankenversicherung der Familien-
mitglieder. Es wird beabsichtigt, freie ärztliche Behandlung
einschließlich Ambulanz, freie Arznei und sonstige Arzneimittel
oder statt dieser freie Kur und Verpflegung in Kranken-
häusern, Heil- und Erholungsstätten auf wenigstens sechs
Monate, und zwar sowohl für den erkrankten Beamten selbst,
als auch für die Ehefrau und die unselbständigen Kinder,
durch diese Versicherung zu gewährleisten. Das bisher die Ge-
sellschaft von der Einbeziehung der Beamten teils aus Ver-
sicherungswegen ablehnen hat, ist erklärlich, da bei den Be-
amten auch während der Krankheit das Gehalt weiter geht
und somit die Gefahr ausgeschlossen ist, daß sie durch Krank-
heit unmittelbar in eine Notlage geraten. Dazu kommt noch,
daß selbst beim Eintritt der Invalidität Pensionen bevorzugen,
die auch den kranken Beamten vor der größten Not schützen.
Selbstverständlich bringen lanwierige Krankheiten besonders
der Familienmitglieder eine Reihe von oft erheblichen Kosten mit
sich, die sich nach viele Jahre in dem Budget der Be-
amtenfamilie nachteilig geltend machen — wie in gleicher
Weise auch bei anderen Familien der nichtversicherten Bevöl-
kerung. Es gibt übrigens schon in Deutschland, besonders
unter den mittleren und unteren Volksbeamteten, derartige
Verträge, in denen eine Art Krankenversicherung besteht. Mit
dem Verein der mittleren Volksbeamteten hat die Ärzteschaft
in jüngster Zeit Abmachungen getroffen, wonach tarif-
mäßig je nach der Höhe des Einkommens die in diesen Kreisen
üblichen ärztlichen Honorare festgesetzt sind. Für die unteren
Volksbeamteten hat bekanntlich die Reichspost eine Krankenversicherung
als eine Wohlfahrtsanstalt begründet und mit dem Ver-
trag verbunden einen für beide Teile günstigen Vertrag auf
dem Boden der freien Willigkeit abgeschlossen. Der Beitritt
zu diesen Krankenkassen ist zwar nicht obligatorisch, nimmt
aber von Tag zu Tag zu, da die bestehenden freiwilligen
Kassen nicht dasjenige zu leisten imstande sind, was die
kaiserliche Reichspost gewährt.

Es wäre eine unbedeutende Minderheit von Seiten der Ärzte,
wenn sie irgendeine Vereinbarung das Recht bestritten wollten,
ihre Mitbürger gegen die aus Krankheit und Siedtum ent-
stehenden wirtschaftlichen Schädigungen in der Weise zu
sichern, daß eine Gesamtheit die hierbei entstehenden Kosten
auf sich nimmt und so durch Verteilung der Risiken dem ein-
zelnen Hilfe schafft. Es ist auch ausdrücklich auf einigen
früheren Arzttagen durch führende Ärzte betont worden,
daß das Recht und die Möglichkeit zu derartigen gemeinschaft-
lichen Selbstversicherungen niemandem verweigert werden kann.
Gleichzeitig wurde es als ganz selbstverständlich hingestellt,
daß derartige freiwillige Versicherungen nicht etwa auf
Kosten der Ärzte errichtet werden sollen. In Konjunktur der prinzipiellen Stellung kann die deutsche
Ärzteschaft zunächst nicht mit Antipathie den Befürwortern